

Bürokratie schlägt in vielen Bereichen durch

BAWÜ-CHECK Jeder Zweite fürchtet um die Wirtschaftskraft im Land

Von Ulrike Bäuerlein und Angelika Wohlfrom

Umsatzsteuerpflicht auf Kuchenverkauf im Schulhof? Was wie ein schlechter Witz klingt, war nur die anstehende Umsetzung der neuen EU-Mehrwertsteuerrichtlinie, die sich in Deutschland im Umsatzsteuerrecht niederschlägt und mit der letztlich Wettbewerbsverzerrung verhindert werden soll. Korrekte Beamte deklinierten diese Regelung nun bis zum Kuchenbasar auf Schulhöfen durch. Es brauchte das Einschreiten des baden-württembergischen Finanzministers, um die Verwaltung in Trab zu setzen und aufzuzeigen, wie mit dieser Richtlinie mit Augenmaß begegnet wird. Wahnsinn Bürokratie.



Verzweigung Ob Pflegeantrag, Baugesuch, Steuererklärung oder Arbeitszeitdokumentation – wer viel mit Behörden zu tun hat, kommt an den Rand der Verzweiflung. Die ausufernde Bürokratie, das zeigt der aktuelle BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen den das Institut für Demoskopie (IfD) in Allensbach im Juni durchgeführt hat, gehört für die Bürger zu den größten Ärgernissen. Aber nicht nur das: Die Hälfte der Menschen befürchtet auch, dass die gesetzlichen Vorgaben die Wirtschaft hemmen und somit den Standort und seine Ent-

wicklung gefährden. Und dabei sind sie einer Meinung mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Für die Bürger ist es wenig tröstlich, dass selbst der Regierungschef, der ja an der Spitze des gesamten Apparats im Land steht, einräumt, an der Bürokratie zu verzweifeln. Den Bürokratieabbau hat er ja schon seit Jahren ganz oben in seinem Pflichtenheft stehen. Und dennoch wird die Landesverwaltung Jahr für Jahr mit mehr Personal ausgestattet.

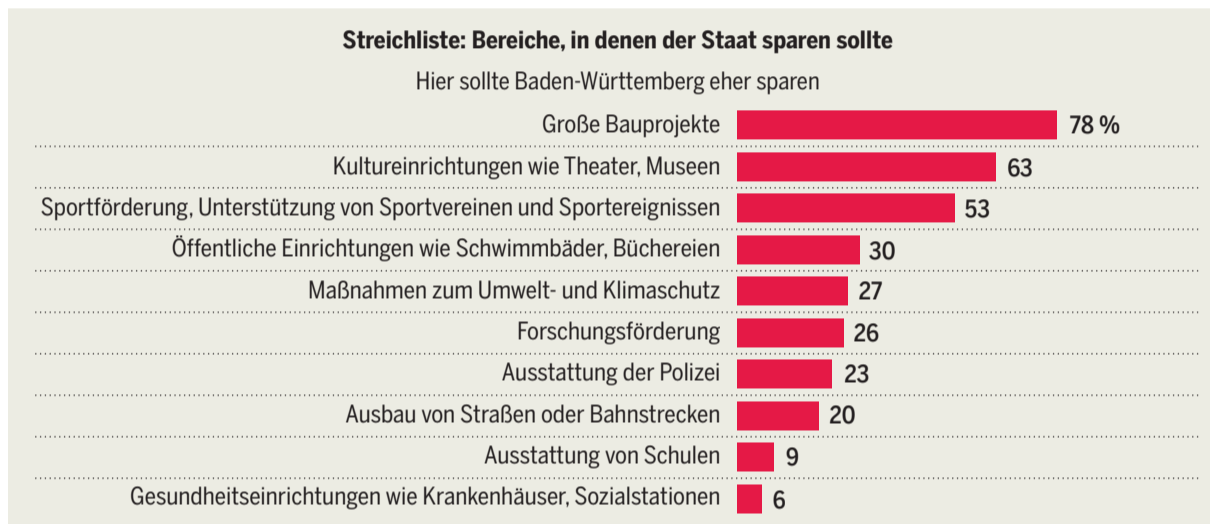
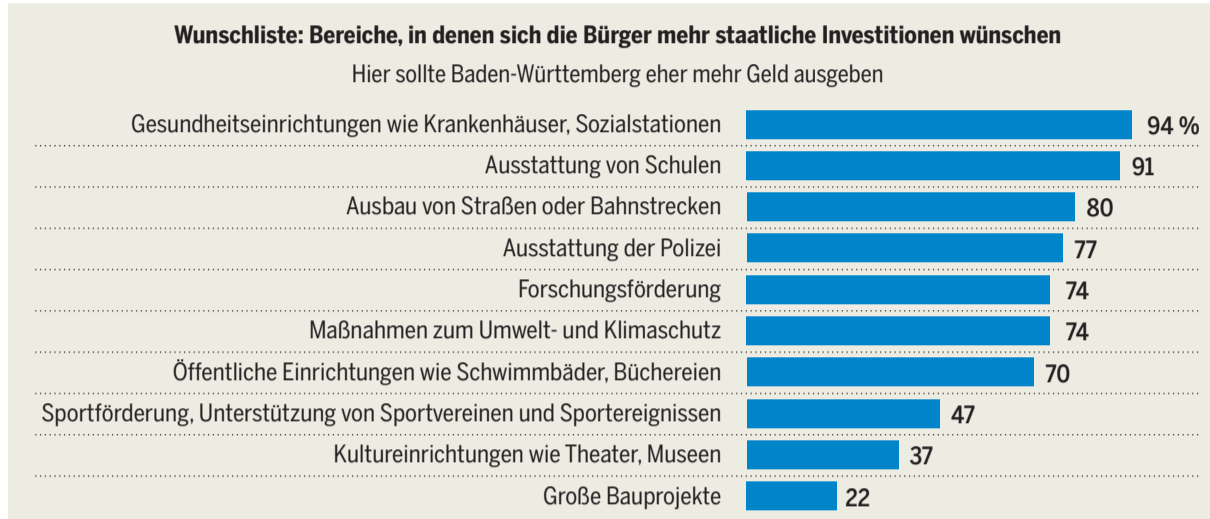
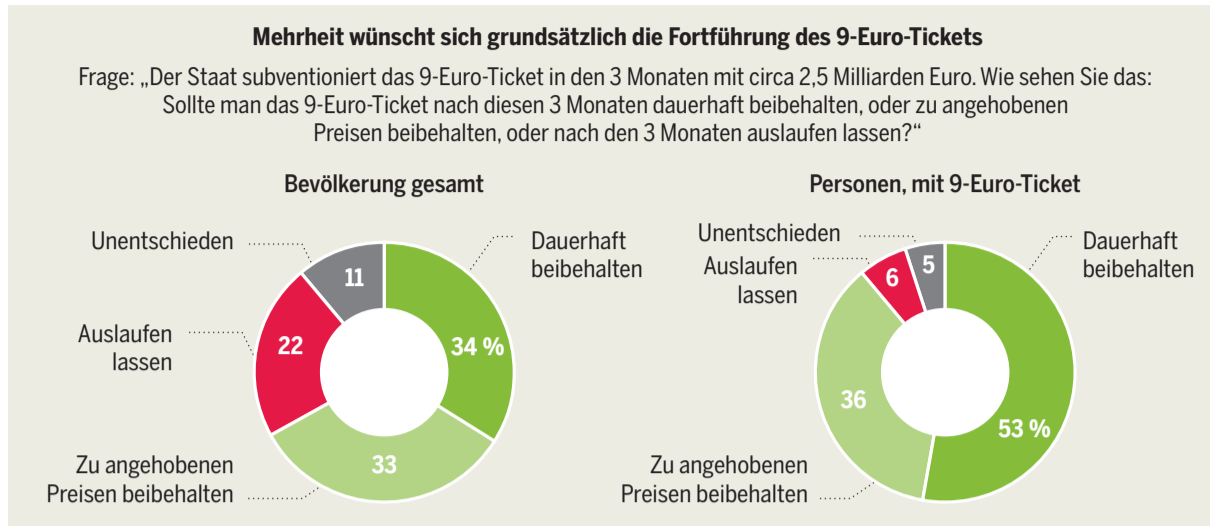
Dieses hat immer neue EU-Richtlinien, europäisches und Bundesrecht umzusetzen und über Landesrecht und Verordnungen abzudecken. Dass dies bürokratisch ausfunkt, liegt oft nicht an den Gesetzen selbst, sondern an ihrer Auslegung und Umsetzung innerhalb der Landes- und Kommunalverwaltung, oft in den untersten Ebenen.

Inflation Dabei gibt es im Land noch ganz andere Probleme. Denn das Leben in Deutschland ist teurer geworden. Das Statistische Bundesamt rechnet mit einer Inflation von 7,6 Prozent im Jahresvergleich.

Das Thema ist bereits massiv bei der Politik aufgeschlagen. Gegen die ersten Teuerungen hat die Ampel-Koalition im Bund zwei Entlastungspakete gesetzt. Ob das ausreicht? Mit Blick auf den BaWü-Check scheinen weitere Schritte geboten. „Sozialer Sprengstoff“ stecke in den Teuerungen, meinte Scholz

Gesundheit und Mobilität darf sich der Staat was kosten lassen

Alle Angaben in Prozent



HST-Grafik, Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6164/IV, Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

kürzlich. Nicht von ungefähr. Denn die Preissteigerungen der letzten Monate wirken sich laut IfD besonders negativ auf die derzeitige Stimmungslage aus. Bereits seit Herbst letzten Jahres fühlen sich rund zwei Drittel der baden-württembergischen Bevölkerung durch die steigenden Preise sehr stark oder stark belastet. Aktuell sind es 70 Prozent.

Wünsche Bundesweite Umfragen des Allensbacher Instituts zeigen außerdem, dass die Bevölkerung in-

folge der Aneinanderreihung von Krisen die finanzielle Lage des Staates aktuell deutlich kritischer einschätzt als noch vor Ausbruch der Corona-Pandemie.

Dennoch sehen die Bürger bei den staatlichen Ausgaben nur geringe Einsparpotenziale. Im Gegenteil: 94 Prozent wünschen sich, dass Baden-Württemberg mehr Geld in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser oder Sozialstationen investiert. 91 Prozent wünschen sich mehr Ausgaben für die Ausstattung

von Schulen, 80 Prozent für den Ausbau von Straßen und Bahnstrecken. Jeweils rund drei Viertel fordern zudem höhere Ausgaben für die Ausstattung der Polizei, für die Förderung von Forschungsvorhaben sowie für Maßnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt.

Umgekehrt gibt es nur wenige Bereiche, in denen die Bevölkerung Einsparpotenziale sieht. Am ehesten noch bei großen Bauvorhaben, bei kulturellen Einrichtungen sowie der Sportförderung.

Kretschmann warnt vor ernster Gaskrise

STUTT GART Angesichts der drohenden Gasknappheit im kommenden Winter hat der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann am Dienstag in Stuttgart vor einer „höchsten Situation“ für die Wirtschaft, aber auch für Privathaushalte gesprochen. Eine ausführliche Lagebesprechung am Vormittag im Kabinett habe „dramatische“ Szenarien zum Vorschein gebracht, so Kretschmann bei der Regierungspressekonferenz. Noch vor der Sommerpause sollen daher im Kabinett Beschlüsse zum Umgang mit einer Gasmangellage gefasst werden. Zudem will Kretschmann noch im Juli eine Regierungserklärung im Landtag dazu abgeben. „Was bei einer Gasmangellage droht, sowohl Haushalten oder auch Unternehmen, ist eine höchst ernste Angelegenheit“, sagte Kretschmann. „Da geht es möglicherweise um Tausende von Arbeitsplätzen, aber auch darum, ob die Menschen den Winter durchgeheizt bekommen. Das trifft die Leute persönlich“, so Kretschmann, „deshalb müssen wir uns mit aller Kraft jetzt darum kümmern.“

Andere Themen stünden angesichts der zu bewältigenden Krisen jetzt erst einmal hinten an, so der Regierungschef. „Jetzt müssen sich alle Ministerien darum kümmern, konkrete Einsparvorschläge zu machen, damit die Gasspeicher noch möglichst voll sind vor dem Winter.“ Es würden alle Ebenen eingebunden, um sinnvolle Maßnahmen zusammenzutragen, bis hin zu Kommunen oder IHK. *hub*

Kurz notiert

Polizei schert aus

STUTT GART Die Polizei in Baden-Württemberg schert aus und boykottiert eine bundesweite Studie zu Erfahrungen und Einstellungen von Polizeibeamten. Nach einem Veto des Hauptpersonalrats wird ein Online-Fragebogen der Deutschen Hochschule der Polizei nicht an die Dienststellen verteilt, obwohl Innenminister Thomas Strobl (CDU) und Polizeipräsidentin Stefanie Hinz dafür geworben hatten. Ministerpräsident Winfried Kretschmann will das nicht hinnehmen. „Wir wollen, dass diese Studie gemacht wird“, sagte er. Er werde klären lassen, ob der Hauptpersonalrat überhaupt die Möglichkeit habe, die Teilnahme an der Studie zu blockieren. *dpa*

KINDERLEICHT NACHRICHTEN

Flucht vor dem Hunger

DÜRRE Habiba und seine Familie haben ihr Heimatland Somalia verlassen, weil es dort nicht mehr genug zu essen gab

Von Eva Krafczyk

Habiba ist zwölf Jahre alt und lebt in dem Land Somalia in Ostafrika. Früher wohnte sie mit ihren Eltern und den acht Geschwistern in einem Dorf. Dort pflanzte die Familie Mais und anderes Getreide auf ihren Feldern. Sie hatten Ziegen und Schafe, ein paar Kühe. Habiba ist das älteste Mädchen der Familie und musste viel mithelfen: im Haushalt, bei der Arbeit und bei der Versorgung der kleinen Geschwister. „Ich bin aber auch in eine Madrasa gegangen, um Lesen und Schreiben und den Koran zu lernen“, erzählt sie. Eine Madrasa ist eine religiöse Schule.

„Ohne Regen, ohne Vieh und ohne Getreide haben wir dort kein Leben mehr.“

Habiba

aus dem Kontinent herausragt. Hier liegen etwa die Länder Somalia und Äthiopien und Kenia. Es ist dort meist warm und trocken. Doch zweimal im Jahr ist Regenzeit – jedenfalls, wenn alles normal ist. Dann können die Bauern ihre Felder bestellen und die Pflanzen bekommen genug Wasser zum Wachsen.

Seit zwei Jahren ist aber nichts mehr normal. Vier Regenzeiten sind ausgeblieben. Der Mais, den Habibas Vater Ali Nur pflanzte, ist verdorrt. Je länger die Dürre dauerte, desto schwieriger wurde das Leben für die Familie. Es gab nicht mehr genug zu essen. Hunger gehörte zum Alltag.

Mit Glück gab es eine Mahlzeit am Tag, etwa Getreidebrei oder Milch. Immer öfter gab es gar nichts. Kühe und Schafe starben nach und nach, weil sie keine Nahrung mehr fanden. Habiba konnte



Habiba (rechts) und ihre Familie leben derzeit in einer zeltartigen Hütte in einem Flüchtlingslager in Somalia. Sie sind aus ihrem Dorf geflüchtet. Foto: dpa

nicht mehr zur Schule gehen. Sie war zuständig dafür, Wasser zu holen. In Habibas Heimat heißt das nicht, in den Laden um die Ecke zu gehen. Jeden Morgen lief sie mit einem leeren Kanister eine Stunde lang zum nächsten Brunnen, der

noch nicht versiegt war. „Es ist sehr harte Arbeit, den schweren Kanister zurückzutragen“, erzählt Habiba. „Vor allem, weil ich schon hungrig losgegangen bin.“

Als auch in diesem Brunnen kein Wasser mehr war, hatte die Familie

keine Wahl: Sie musste ihr Dorf verlassen. Vater Ali sah, dass vor allem die jüngsten Kinder immer schwächer wurden, ihre Arme und Beine immer dünner. Er hatte Angst, dass sie schon bald nicht mehr die Kraft für den weiten Weg haben würden.

Lager Vier Tage lang war die Familie zu Fuß unterwegs in die Stadt Baidoa. Hier leben sie nun in einem Lager für Geflüchtete. Das neue Zuhause ist eine zeltartige Hütte mit einem Gerüst aus Zweigen. Es ist ein großer Unterschied zu dem Leben auf dem Dorf. Aber es gibt sauberes Wasser, das von einer Hilfsorganisation verteilt wird.

Inzwischen leben hier Hunderte Familien dicht an dicht. Während die Eltern Arbeit suchen, passen größere Kinder wie Habiba auf die Kleineren auf oder müssen selbst arbeiten. „Ich würde gerne wieder nach Hause auf unser Dorf gehen“, sagt Habiba. „Aber ohne Regen, ohne Vieh und ohne Getreide haben wir dort kein Leben mehr.“ *dpa*

Hallo Kinder!

Roggen wächst fast immer gut. Egal ob es mal richtig kalt ist, es kaum regnet oder der Boden fast nur aus Sand besteht: Dieses Getreide kommt mit vielem klar. Deswegen wurde Roggen früher bei uns sehr viel angebaut. Das meiste Brot wurde damals aus Roggen gebacken, sagt der Experte. Heute ist das anders: Auf den Feldern wächst viel mehr Weizen und Gerste als Roggen. Doch die Wissenschaft interessiert sich für Roggen, auch wegen des Klimawandels. Wenn es in Zukunft weniger regnet und heißer wird, könnte Roggen leichter anzubauen sein als etwa Weizen.

EVER STIMMCHEN

Kontakt zur Kinderstimme
Kinderstimme
Postfach 2040, 74010 Heilbronn
oder E-Mail an: kinderstimme@stimme-mediengruppe.de